

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte  
Bürgermeister

---

## Niederschrift

Gremium:	Hauptausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 01.06.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:10 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine  
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche  
Sitzung

---

Andreas Brohm  
Vorsitzender

---

Ute Hammermeister  
Protokoll nach Aufzeichnung

### **Anwesend:**

#### Vorsitzender

Herr Andreas Brohm

#### Mitglieder

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun ab TOP 11

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Marcus Graubner

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Michael Nagler

Frau Rita Platte

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

#### Ortsbürgermeister

Herr Klaus Spötter

#### Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

#### Mitarbeiter Verwaltung

Herr Erich Gruber

Herr Marco Henschel

Frau Anne-Kathrin Wienecke

## Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 01.06.2016, 19:00 Uhr im Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte.

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>DS-Nr.:</b>
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.05.2016	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6. Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte 2016-2024	BV 394/2016
7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016	BV 325/2015
8. 2. Änderung der Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Tanger", "Uchte" und "Untere Ohre"	BV 396/2016
9. Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, Ortsteil Tangerhütte - Teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung "Tangerhütte Nord-Ost"	BV 400/2016
10. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 285/2015
11. Kostenbeitragssatzung für die Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 286/2015
12. 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofssatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem "Tangerhütte-Land" und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte	BV 390/2016
13. 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofsgebührensatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem "Tangerhütte-Land" und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte	BV 391/2016
14. Information des Ausschussvorsitzenden	
15. Anfragen und Anregungen	

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Herr Brohm** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung**

Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß. Die TO wird festgestellt.

### **TOP 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.05.2016**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.05.2016 wird festgestellt.

### **TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

### **TOP 5 Bericht des Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse**

**Herr Brohm** berichtet über den Bearbeitungsstand gefasster Beschlüsse der letzten Sitzung.

### **TOP 6 Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte 2016-2024 DS-Nr.: BV 394/2016**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf und erläutert einige Schwerpunkte des HKK. Man hat sich mit jedem einzelnen Produkt auseinandergesetzt, hat die Randsituationen (z. Bsp. Entwicklung der Bevölkerung) mit einfließen lassen und hat sich die Entwicklung der nächsten 8 Jahre angesehen. Das HKK ist eine Fortschreibung der Aufwendungen und der Erträge. Es muss uns in die Lage versetzen, kritisch zu hinterfragen, wie die Kostenstrukturen sind und Lösungen zu finden um sich effizienter aufstellen zu können. Diese Lösungen kann man nur gemeinsam finden.

Die Verwaltung bittet darum, dem HKK, dem HH und auch dem Kassenkredit zuzustimmen. Ziel ist es am 19.10.2016 den neuen HH für 2017 einzubringen. Die 1. Lesung soll noch in diesem Jahr erfolgen.

Im Anschluss erfolgt eine Diskussion.

**Herr Graubner** spricht einen Artikel aus der Volksstimme an (LK Stendal Platz 402 von 402). Er weiß, dass das nicht nur an Tgh. liegt. Es kommt aber auch bei uns darauf an, dass wir unsere Flächen besser vermarkten, auch um hier neues Gewerbe anzusiedeln. Des Weiteren fordert er, dass man über einen Haustarif für die Verwaltung nachdenkt, da hier enorme Kosten anfallen. Die Bürger sollten nicht weiter belastet werden. Freibäder und kulturellen Einrichtungen sollten auf jeden Fall erhalten bleiben.

**Herr Nagler** empfindet das HKK als ambitionslos. Wenn man guckt, was dort als konkrete Konsolidierungsaufgabe drinsteht (Teilentschuldung Stark II), dann wird auf die Gewerbesteuer Windpark gehofft, eventuell soll es noch eine Erhöhung Friedhof und Schulküche Lüderitz Entgelt geben. Beim Personal steht drin, dass hier Erhöhungen bei den Personalaufwendungen von 1,2 Mio. € erwartet werden. Er möchte wissen, ob bei den Gewerbesteuern mit den geänderten Beträgen gerechnet wird, ob sie angepasst werden. Er wird so dem HKK nicht zustimmen. Er weiß auch nicht, ob die Kommunalaufsicht da mitgeht. Er weiß, dass es nicht einfach ist. Aber wir sind eine Gemeinde, die finanziell schlecht dasteht, da muss etwas mehr kommen (z. Bsp. Kosten Personal, Steuererhöhungen, Abbau von Schulden).

**Herr Borstell** sagt, dass hier ein harter Rahmen vorliegt. Es ist schwierig den HH auszugleichen. Er hat eine Frage zum Kassenkredit. Er möchte wissen, ob da auch die zusätzliche Tilgung drin ist und wie das mit den Vorauszahlungen Hochwassermaßnahmen ist.

**Frau Wienecke** antwortet, dass man in der Planung die Einnahmen und Ausgaben Hochwasser berücksichtigt hat. Sie spielen bei den 8 Mio. € keine Rolle.

**Herr Kinszorra** hat eine Nachfrage zum Windpark (Gewerbesteuer und Leitungsrechte). Er möchte wissen, ob die GmbH hier ortsansässig ist.

**Herr Brohm** antwortet, dass sich an den grundsätzlichen Sachen, die damals beschlossen wurden, nichts geändert hat. Im nichtöffentlichen Teil wird er weitere Ausführungen machen.

**Dr. Dreihaupt** sagt, dass seine Fraktion dem HKK mit Bauchschmerzen zustimmen wird. Er glaubt nicht, dass es möglich ist einen Haustarif für das Personal zu machen. Er warnt auch davor an der Personalschraube zu drehen.

**Herr Strube** stellt fest, dass die Linken ebenfalls dem HKK zustimmen werden. Unter den gegebenen Bedingungen kann das HKK nicht anders aussehen und man hofft, dass die geplanten Einnahmen kommen.

**Herr Nagler** möchte noch wissen, was für Erträge man aus Tierverkäufen hat.

**Herr Brohm** antwortet, die kommen vom Wildpark (z. Bsp Meerschweinchen).

Er fasst nochmals zusammen. Das Ziel des HKK ist aufzuzeigen, wie die Entwicklung in den kommenden Jahren sein wird. Dazu ist es ganz wichtig miteinander zu reden, um einen Konsens zu finden.

Weitere Fragen gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 394/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) § 100 Abs. III vom 17. Juni 2014, in der zuletzt geänderten Fassung, dass Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2016-2024 gemäß beiliegender Fassung.*

**Abstimmungsergebnis: 4 x Ja; 2 x Nein; 3 x Enthaltung**

#### **TOP 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 DS-Nr.: BV 325/2015**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf und sagt, dass der HH bereits vorbesprochen wurde. Er möchte wissen, ob es Fragen gibt.

**Frau Platte** findet den HH nicht transparent, das hat sie Herrn Brohm schon einmal gesagt. (z. Bsp Sportvereine). Die Kosten sind im HH pro Produkt zusammengefasst. Einzelkosten sind nicht ersichtlich und sie bekommt dazu auch keine Auskunft.

**Herr Brohm** erläutert anhand einer Präsentation. In der Klausurtagung hat man dieses Thema ausführlich besprochen.

**Herr Borstell** stellt fest, dass der HH im vorigen Jahr transparenter war. Da gab es einen Anhang zur Verwendung.

**Herr Graubner** fragt nach den Mehrkosten (50.000 €) Freibäder.

**Herr Brohm** erläutert anhand der Präsentation. Die Mehrkosten sind Folge eines Instandsetzungstaus. 20 Jahre hat man nicht recht etwas gemacht, es wurde immer nur notdürftig repariert, aber bestimmte Standards müssen eingehalten und deshalb muss jetzt Geld in die Hand genommen werden.

**Herr Graubner** sagt, dass in jedem Jahr über das Thema Freibäder gesprochen wurde und auch Geld im HH eingestellt war und auch Reparaturen erfolgten. Deswegen kann er das jetzt nicht verstehen.

**Herr Brohm** erwidert, dass man im SA oder BA nochmals detaillierter über die Freibäder sprechen kann.

**Herr Borstell** ergänzt. Die Kosten sind für die Freibäder Lüderitz und Tangerhütte zusammen. Der größte Posten fällt auf Lüderitz, vielleicht könnte man das nochmal aufschlüsseln.

Es folgt eine rege Diskussion zum Thema Freibäder an der sich **Herr Gruber, Herr Strube, Herr Borstell, Dr. Dreihaupt** beteiligen.

**Herr Nagler** hat eine Frage zu den Verpflichtungsermächtigungen. Dort steht u.a. auch das FW-Gebäude Bittkau drin. Er möchte wissen, wie sich das mit Lüderitz (FW-Auffahrt Brunkau) verhält, wenn dann die A 14 kommen sollte.

**Herr Brohm** antwortet, dass die Aussage von Minister Weibel im letzten Jahr im KH war, das man jetzt nichts machen sollte.

Nach Kenntnis von **Herrn Nagler** soll es ein neues Planungsfeststellungsverfahren geben und da hätte nach seiner Meinung dann die Auffahrt mit aufgenommen werden können, wenn die Rettungszeiten dann eingehalten werden können.

**Herr Brohm** sagt, dass nicht alles wieder neu aufgemacht wird. Es war der Lärmschutz beklagt.

**Herr Gruber** wirft ein, dass es wahrscheinlich einen Planänderungsbeschluss geben wird.

**Herr Nagler** möchte hierzu nochmals eine Information vom Landesverwaltungsamt bekommen. Es geht ihm um die Kosten, die auf uns zukommen würden (Kredit, Personal).

**Herr Brohm** nimmt die Frage auf und wird sie klären. Er sagt, dass man das FW-Gerätehaus Lüderitz schon für 2021 eingeplant hat. In der Brandschutzanalyse steht es auch drin. Man hat 3 Abschnitte, Tangerhütte, Elbdörfer und Lüderitz. Im Moment hat man von 26 FW-Gerätehäusern ein din-gerechtes Haus. Ziel ist es, das man für jeden Zug eins hat.

Als nächstes hat **Herr Nagler** eine Frage zu den Fördermitteln für da FW-Gerätehaus Bittkau.

**Herr Brohm** antwortet, dass man da jetzt in der Prüfung ist.

**Herr Nagler** fragt noch, ob man ohne weiteres neue Kredite aufnehmen kann, wenn man bei Umschuldungsprogrammen ist und wenn ja, in welchem Rahmen.

**Frau Wienecke** antwortet, im Zusammenhang mit Stark II nicht. In der HH-Verfügung stand einmal, dass das nicht geht.

**Herr Wegener** erinnert daran, dass man sich dann aber auch rechtzeitig um Fördermittel kümmern muss (hat er auch schon im SR gesagt).

Weiter Anmerkungen, Fragen gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 325/2015**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Kommunalverfassungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt und zur Fortentwicklung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften vom 14. Juni 2014 (Kommunalrechtsreformgesetz) § 100 die Haushaltssatzung und § 101 den Haushaltsplan der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2016 gemäß beiliegender Fassung.*

**Abstimmungsergebnis: 4 x Ja; 2 x Nein; 3 x Enthaltung**

**TOP 8      2. Änderung der Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Tanger", "Uchte" und "Untere Ohre"      DS-Nr.: BV 396/2016**

**Herr Brohm** erläutert, dass dieser Beschluss in jedem Jahr neu gefasst werden muss. Er fragt, ob es Fragen gibt.

**Herr Kinszorra** fragt nach dem Stand der Widersprüche und der Gerichtsverfahren. Er fragt, warum man beschließt, wenn diese Kalkulation dann nichtig sein könnte.

**Herr Brohm** antwortet, dass das Wassergesetz die Kommunen zum Mittelsmann und zum Prellmann für alle macht. Man ist mit den Unterhaltungsverbänden in ständigem Kontakt und hat jetzt eine Arbeitsweise gefunden, mit der alle leben können. Im nichtöffentlichen Teil könnte er mehr zu dem Thema sagen.

**Herr Kinszorra** fragt, warum darüber im nichtöffentlichen Teil gesprochen werden soll. Es geht schließlich die Bürger etwas an. Es geht nach seiner Meinung darum, dass im öffentlichen Teil ein Beschluss gefasst werden soll, mit Beträgen, die man nach Auskunft des BM nicht prüfen kann. Man soll darauf vertrauen, dass der UHV das richtig kalkuliert hat. Hinterher sind wir lt. Gesetzeslage der Prellbock, der dann die Widersprüche der betroffenen Bürger erhält und Rechtsmittel einlegen muss. Er fragt, wie intensiv man sich mit den UHV'en über diese Kalkulation auseinandergesetzt hat.

**Herr Brohm** erwidert, dass die Verwaltung nicht für die Kalkulation zuständig ist. Im letzten Jahr gab es keine Widersprüche. Es gab Gerichtsurteile, die UHV'e haben die Erschwerungsbeiträge neu kalkuliert. Man vertraut darauf, dass richtig kalkuliert wurde. Die Kommunen müssen das auf die

Bürger umlegen Er glaubt, dass man bei dem, wie verfahren wird, auf der rechtssicheren Seite ist und man so beschließen kann.

**Herr Kinszorra** spricht die Vertreter in den Verbänden an. Die müssten sich doch dann solche Sachen anschauen. Als er letztes Mal gefragt hat, haben sie gesagt, sie haben sich enthalten. Er möchte wissen, wie jetzt der Stand ist.

**Herr Brohm** erläutert den Sachverhalt. Die Einladung mit den Unterlagen geht den Vertretern 2 Wochen vorher zu. Es ist völlig illusorisch in dieser Zeit zu prüfen, was richtig oder falsch ist.

**Herr Nagler** sagt, dass man vor Jahren einmal eine Auflistung, wie die Veränderung zum Vorjahr ist, bekommen hat, damit man sieht in welche Richtung es geht. So etwas würde er sich wünschen.

**Herr Brohm** hat die Zahlen vorliegen und verliest sie.

	2013 - €/ha	2014 - €/ha	2015 - €/ha	2016- €/ha
<b>Tanger</b>	10,82	11,28	11,23	11,51
<b>Uchte</b>	12,00	12,00	12,98	12,98
<b>Untere Ohre</b>	6,83	6,70	6,16	6,62

Die Übersicht wird zum SR nachgereicht.

Weitere Bemerkungen gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 396/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die 2. Änderung der Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände „Tanger“, „Uchte“ und „Untere Ohre“.*

**Abstimmungsergebnis: 4 x Ja; 3 x Nein; 2 x Enthaltung**

**zu 9 Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, Ortsteil Tangerhütte - Teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung "Tangerhütte Nord-Ost" DS-Nr.: BV 400/2016**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf. Es geht um die teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung „Tangerhütte Nord-Ost“.

**Frau Platte** möchte wissen, ob man einmal kalkuliert hat, welche Summe (Ausgleichsbeiträge) dadurch eingenommen werden würde.

**Herr Gruber** erläutert die Vorgehensweise/ Historie. Man muss erst wissen, was der Gutachterausschuss sagt, dann kann man ungefähre Summen sagen. Mit der Erhebung wird man Anfang nächsten Jahres beginnen können.

**Herr Brohm** ergänzt, dass man die Erträge dann wieder im Sanierungsgebiet einsetzen muss.

**Herr Wegener** und **Dr. Dreihaupt** beteiligen sich wegen Mitwirkungsverbot nicht an der Abstimmung.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 400/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

1. *Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte billigt den Abschlussbericht zur teilweisen Aufhebung der Sanierungssatzung nach § 162 BauGB (Anlage 1).*
2. *Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die erste Satzung über die teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung „Tangerhütte Nord-Ost“ (Anlage 2). Der Geltungsbereich - Lageplan - ist Bestandteil der Satzung (Anlage 3).*
3. *Die Satzung ist ortsüblich bekanntzumachen*  
*Der Bürgermeister sichert das laufende Verfahren ab.*

**Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung; 2 x Befangen**

**TOP 10 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte Vorlage: BV 285/2015**

**Herr Brohm** informiert, dass man diese BV bereits im letzten Jahr in der Sitzungsfolge hatte. Man hat diese dann zurückgezogen und nochmals überarbeitet. Gerichtsurteile wurden mit berücksich-

tigt. Vom SA wurde man gebeten, nochmals zu prüfen, ob eine Impfpflicht mit verankert werden sollte. Dazu gibt es eine Tischvorlage. Vorschlag der Verwaltung wäre den § 5 Abs. 2 b geändert zu beschließen (siehe Tischvorlage).

**Dr. Dreihaupt** möchte wissen, was das bringt. Wenn der Nachweis nicht gebracht wird, muss das Kind trotzdem aufgenommen werden.

**Herr Nagler** sagt, dass es in Deutschland keine Impfpflicht gibt. Er ist auch gegen diesen Passus. Er schlägt vor, den SR noch darüber abstimmen zu lassen, ob der komplette § zu den Schließzeiten rausgenommen wird. Bei der immer zunehmenden Flexibilisierung ist das nicht mehr zeitgemäß.

**Herr Brohm** sagt, dass darüber auch im SA gesprochen wurde. Er bittet **Herrn Liebisch** (Mitglieder des HA stimmen dem zu) kurze Ausführungen dazu zu machen. Dieser berichtet über die Ergebnisse des SA zu den angesprochenen Themen.

Es folgt eine rege Diskussion pro und kontra Schließzeiten/ Impfpflicht an der sich **Herr Graubner, Frau Platte, Herr Wegner, Herr Borstell, Herr Kinszorra** beteiligen.

**Herr Nagler** stellt den **Antrag** auch den HA über die Streichung des § 9 (Schließzeiten) abstimmen zu lassen.

**Herr Brohm** stellt fest, dass die Schließzeiten historisch gewachsen sind und etwas mit einem sparsamen Ressourceneinsatz zu tun haben. Im gesamten LK hat man mit die höchsten Kosten für einen Kita-Platz. Man leistet sich 9 kleine Kitas mit 9 Leiterinnen und 9 Stellvertretern. Er weiß, dass es schwierig ist im Sommer zu schließen, aber im Winter hat es sich gut eingebürgert und alle finden Möglichkeiten ihre Kinder unterzubringen.

**Herr Wegener** bittet darum, dass zum SR nochmals ganz kurz das Für und Wider von Schließzeiten seitens der Verwaltung aufgezeigt wird und man auch Zahlen für die Einsparung nennt. Als er seinerzeit Vorsitzender des SA war wurde über dieses Thema ausführlich diskutiert und man hat sich für die Schließzeiten ausgesprochen. Damals gab es Notgruppen für Eltern, die ihre Kinder nicht anderweitig unterbringen konnten.

**Herr Strube** möchte wissen, wie der Planansatz ist, ob da die Schließzeiten berücksichtigt wurden. (beantwortet Herr Brohm im SR)

**Herr Brohm** sagt, dass man zum SR nochmals die Kosten/ den Nutzen aufzeigen wird und lässt jetzt über die **BV 285/2015** mit dem **Änderungsantrag von Herrn Nagler** (Streichung § 9 – Schließzeiten), die wie folgt lautet, abstimmen:

*Der Stadtrat beschließt die 2. Änderung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte*

**abweichender Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 5 x Ja; 3 x Nein; 1 x Enthaltung**

#### **TOP 11 Kostenbeitragssatzung für die Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte DS-Nr.: BV 286/2015**

**Herr Brohm** sagt, dass auch diese BV bereits im letzten Jahr vorlag und mit der Gesamtelternschaft besprochen wurde. Die 10 %-ige Steigerung wurde wieder rausgenommen (siehe Begründung). Die Beiträge bleiben konstant. Aktuell ist die Kostenverteilung 30:70. Einige rechtliche Sachen wurden noch verbessert.

**Herr Strube** stellt fest, dass die Landesregierung mehr Geld zur Verfügung stellen will. Er möchte wissen, ob man schon näheres weiß und wenn dann Geld kommt, ob es den Kindern zugutekommt oder in Tarifsteigerungen fließt.

**Herr Brohm** hat noch keine näheren Kenntnisse.

**Frau Braun** nimmt ab 20:30 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr Kinszorra** fragt, ob nicht die Möglichkeit besteht die Kostenbeitragssatzung zu vertagen bis man weiß, wie viel Geld fließt. Vielleicht kann man dann ja auch die Beiträge senken.

Es folgt ein Dialog zwischen **Herrn Kinszorra** und **Herrn Brohm**.

Allgemein ist man für eine Beschlussfassung. Darüber, wie man die Kita-Plätze kostengünstiger gestalten kann, soll zunächst eine Diskussion in kleinem Kreis erfolgen.

**Herr Brohm** stellt die **BV 286/2015**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung.

*Der Stadtrat beschließt die Kostenbeitragssatzung für die Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte*

**Abstimmungsergebnis: 6 x Ja; 0 x Nein; 4 x Enthaltung**

**TOP 12 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofssatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem "Tangerhütte-Land" und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte DS-Nr.: BV 390/2016**

**Herr Brohm** erläutert die Notwendigkeit dieser BV.

Fragen gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 390/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofssatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem „Tangerhütte-Land“ und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte*

**Abstimmungsergebnis: 9 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung**

**TOP 13 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofsgebührensatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem "Tangerhütte-Land" und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte DS-Nr.: BV 391/2016**

Im Zusammenhang mit der vorherigen BV muss auch die Friedhofsgebührensatzung geändert werden.

Redebedarf gibt es nicht.

**Herr Brohm** stellt die **BV 391/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die 4. Änderung der Artikelsatzung der Friedhofsgebührensatzung der ehemaligen Gemeinden der VGem „Tangerhütte-Land“ und der jetzigen Ortschaften der EG Stadt Tangerhütte*

**Abstimmungsergebnis: 9 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung**

**TOP 14 Information des Ausschussvorsitzenden**

**Herr Brohm** informiert über die Tischvorlage **BV 413/2016** – Auslagerung Kindertageseinrichtung „Waldesrand“. Hintergrund ist der Beschluss des SR'es zur Fusion der Kita Bittkau und Grieben. Im Prozess des Planes hat man sich den aktuellen Stand nochmals angesehen und einen Zeithorizont aufgestellt, wie die Arbeiten verlaufen sollen. Der Vorschlag der Verwaltung wäre, dass man die Einrichtung in Bittkau zum 31.07.2016 schließt, dann innerhalb eines Monats, die erforderlichen Maßnahmen in Bittkau durchführt, die man benötigt, um eine neue Betriebserlaubnis (für 3 Jahre) zu bekommen und dann ab 01.09.2016 in die Ausweicheinrichtung nach Bittkau zieht. Ziel ist es Kosten zu sparen und für die Zeit der Sanierung der Kita Grieben ruhige Verhältnisse für Kinder, Eltern und Erzieher zu schaffen. Weil die nächste Sitzungsfolge erst im August wieder startet hat man sich für diesen Weg (Tischvorlage und Vorstellung im HA und Beschluss im SR) entschieden. Morgen findet eine Elternversammlung in Grieben statt, um das Vorhaben den Eltern vorzustellen.

**Herr Graubner** vermisst Aussagen zur Barrierefreiheit. Er fordert, dies noch mit aufzunehmen.

**Herr Henschel** antwortet, dass es hier ein Missverständnis gibt. Hier sind die Maßnahmen aufgeführt, die notwendig sind, um den Kita-Betrieb noch für ein Jahr aufrechtzuerhalten, es sind nicht die Maßnahmen für die Sanierung. Dort wird es berücksichtigt.

**Frau Platte** findet es schade, dass in der BV nicht Kita „Waldesrand“ Grieben steht und dass sie und der OBM Bittkau bisher nicht involviert wurden. Gestern war OR-Sitzung in Grieben und da war der BM auch anwesend und hat nichts gesagt. Weiterhin spricht sie das Konzept an und den sanierten Sanitärbereich. Nach ihrer Meinung müsste der nicht neu gemacht werden. Sie wundert sich auch, dass der BM so sicher ist, dass es über Stark III gemacht werden soll, dass man dann nächstes Jahr anfängt und dann soll es 2 Jahre dauern. Sie geht davon aus, dass der Auftrag für die Planung schon erteilt wurde, da zur Beantragung der Mittel ein Konzept vorliegen muss. (Einwurf **Herr**

**Gruber** bis Leistungsphase 3). Sie wundert sich über die so lang geplante Bauzeit. Nach ihrer Meinung könne man auch kurz vor Beginn des Umbaus umziehen.

**Herrn Wegener** irritiert diese Bauzeit genauso. Außerdem möchte er wissen, wie viel in Bittkau investiert werden muss damit man überhaupt eine Genehmigung bekommt. Er war vor 2 Jahren Vorort, da war die Kita doch sehr desolat.

**Herr Brohm** antwortet, dass man aufgrund der Nichtinvestition in Grieben (mindestens 20.000 €) diese in Bittkau einsetzen kann (hauptsächlich Sanitär).

Es folgt eine weitere angeregte Diskussion zum Thema an der sich **Herr Nagler** (wirklich beste Lösung – beide Kitas und GS Grieben sanieren; was kostet Umbau wirklich; ist es nicht möglich so zu sanieren, dass Kita mit in GS zieht), **Herr Borstell** (wie sicher ist Bewilligung der Fördermittel), **Herr Kinszorra** (kann man Grundstück Bittkau später verkaufen, **Frau Braun** (Bittkau noch Bestandsicherung, warum dann investieren; keine neue Betriebserlaubnis notwendig, man kann sie verlängern, Verhandlung mit LK) **und Herr Wegener** (welche Maßnahmen sind für Erlangung einer neuen Betriebserlaubnis notwendig; reicht das veranschlagte Geld; wird Grieben so saniert, dass man die Kita bei Bedarf auch erweitern kann), **Frau Platte** (Kosten für Container prüfen) beteiligen.

**Herr Brohm und Herr Henschel** beantworten die auftretenden Fragen. Für den SR wird man noch Zahlen nachreichen, damit man eine Entscheidung treffen kann.

**Herr Brohm** informiert weiter über:

- 01.06.2016 - Bürgermeisterrunde mit Landrat im Neuen Schloss Tangerhütte/ Vorstellung Altmarkmacherfestival
- Flüchtlingssituation – aktuell Stand wie 2014, zurzeit ca. 60 Flüchtlinge in EG
- kommendes Wochenende Dialogwochenende
- Sonntag Kinderstärken e.V.
- 02.06.2016 – Knotenpunktsysteme Radwege – Leader Möglichkeiten, Kosten für solch ein System für EG ca. 1.200 €
- 31.05.2016 – IHK-Treffen – Tourismus Altmark
- Homepage – „Sag uns einfach“ wird rege genutzt
- Bauhof – wie organisieren wir effizient? – in jedem BA Aussage dazu treffen

## TOP 15 Anfragen und Anregungen

**Herr Graubner** hat einige Fragen zum AltmarkMacherfestival. Er möchte wissen, wer Herrn Brohm beauftragt hat dieses Festival nach Tangerhütte zu holen, was kostet es die EG? Warum immer im neuen Schloss?

Das Dialogforum ist nichts Neues, hatte man vor 3, 4 Jahren schon mal, aber man hat keine Konsequenzen gezogen und das weitergeführt. Er wird an dem Festival teilnehmen, in der Hoffnung, dass man dort Impulse bekommt. Man muss aber darauf achten, dass man handelt solange es noch Gelder gibt. Z.Bsp. gab es den Demographietopf damals noch. Er weiß nicht, ob das jetzt noch möglich ist. Zum AltmarkMacher hat er in der Presse gelesen, dass der Chef der veganen Supermarktkette kommt. Er fragt sich, wie vegane Supermarktketten die Altmark voran bringen. In der Aufgabenliste steht, dass er schon vor längerer Zeit die Bildung einer Stadtentwicklungsgruppe gefordert hat. Da hatte Herr Brohm geschrieben - Zukunftswerkstatt 2016/2017. Das soll wahrscheinlich so etwas sein, aber es ist nicht das konkrete Gremium, welches Beschlüsse vorbereiten kann. Wenn man am Samstag zur Demographie in den Dialog tritt, dann müsste man über so etwas sprechen. Es fällt ihm schwer bei dem Ringelrein noch den roten Faden zu erkennen.

**Herr Brohm** sagt, dass ihn keiner beauftragt hat die AltmarkMacher nach Tangerhütte zu holen. Er ist als BM dafür zuständig, die Kommune nach außen hin zu vertreten und nach vorne zu bringen. Es ist ein neues Formatforum und Tangerhütte hatte auf Grund der Lage (grüne Wiese), der historischen Kulisse und der Infrastruktur die Voraussetzungen dafür. Es haben sich noch andere beworben, man hat sich für Tangerhütte entschieden. Für ihn war auch entscheidend, dass hier Publikationen gedruckt worden sind, wo überall EG Tangerhütte, Neues Schloss draufsteht. Man war auf der Handwerksmesse in Leipzig, auf der Hannovermesse, auf der grünen Woche. Überall stand

Tangerhütte drauf, dass kann nur gut für die EG sein. Man hat damit Werbung und Tangerhütte bekannter gemacht. Es kommen jetzt Leute aus Politik und Wirtschaft auf uns zu.

Dieses Festival kostet der Kommune kein Geld.

Am Beispiel der Sport- und Schwimmhalle (Ideen auch laut sagen) erläutert er, warum es aus seiner Sicht dringend notwendig ist in den Dialog zu kommen. Er ist jederzeit offen für Gespräche.

**Frau Platte** wundert sich nur, dass man so wenige Informationen bekommt.

**Herr Brohm** wirft ein, dass er dieses Festival nicht organisiert. Bestimmte Dinge weiß er auch nicht und er hat heute schon Sachen gesagt, die noch gar nicht öffentlich sind, aber er war der Meinung, dass er dies hier heute sagen sollte.

**Frau Platte** spricht ein Problem in der Petristraße Grieben an. Das hatte sie vor ca. 5 Wochen Herrn Gruber mitgeteilt. Daraufhin hat Herr Gruber sich das angeguckt, auch Herrn Bräsel rausgeschickt. Hier handelt es sich offensichtlich um ein Problem als Folge der Verlegung der Wärmeleitung vor 1,5 Jahren. Sie schildert das Problem. In der vorigen Woche erhielt sie den Bescheid, dass die Reparatur erfolgt sei. Herr Gruber hat ihr auf Nachfrage gesagt, dass er in Urlaub war, Herr Reich hat gesagt, dass die Steine hochgenommen wurden, Sand raufgeschüttet wurde und die Steine wieder raufgepackt wurden. Es ist also keine ordentliche Reparatur erfolgt. Sie hatte es deshalb gesagt, wenn es ein Folgeschaden ist, ist es eine Garantisache und dann hätte man es dem Unternehmen noch in Rechnung stellen können. Sie bittet Herrn Gruber zu überprüfen, warum der Bauhof sagen kann, das muss nicht aufgebuddelt werden.

**Herr Gruber** antwortet, dass Herr Heuer die Reparatur machen sollte (darüber gibt es ein Protokoll).

**Frau Platte** hat noch ein weiteres Problem, welches sie persönlich betrifft. Sie möchte es kurz vorstellen. Es gab bereits ein Gespräch mit Herrn Brohm. Es geht um einen Zeitungsartikel, in dem sich Herr Brohm erdreistet hat zu schreiben, dass Frau Platte gegen den Breitbandausbau in der EG kämpft, das hat er ihr auch schriftlich in einer Mail mitgeteilt. Das hat er ihr in dem Zusammenhang mitgeteilt, weil sie ein Informationsblatt der Telekom ausgehängt hatte. Sie hatte aber auch das Info-blatt für die Veranstaltung am 10.05.2016 von DNSNET ausgehängt (von der Veranstaltung, die am Sonnabend stattfinden soll, wusste sie bis gestern nichts). Sie wollte Herrn Brohm das mündlich erklären, aber er hat ihr immer wieder zu verstehen gegeben, dass sie Schuld habe, wenn das mit dem Breitbandausbau in der EG nichts wird. Das hat er ihr auch schon vor 4, 5 Wochen nach der ersten Veranstaltung in Grieben gesagt. Sie findet das sehr schlimm. Er war gestern im Ortschaftsrat und hat da erklärt, wie wichtig das ist. Das ist unumstritten. Sie hat schon vor 10 Jahren begonnen sich dafür einzusetzen. Sie hat Bedenken gegen die Art und Weise, wie das jetzt abläuft. Das hat sie dem BM auch schriftlich mitgeteilt. Sie wird nicht rumgehen und alten Leuten sagen, dass sie sich anschließen müssen, weil sonst ihr Grundstück an Wert verliert. Wenn das andere OBM tun, können sie das gern tun. Sie hat auch zu keinem anderen OBM gesagt, dass er das nicht tun soll, dass er das nicht darf, dass es rechtlich fragwürdig ist. Jeder kann machen, was er will, genauso hält sie das auch mit den Bürgern aus Grieben. Wenn sie Bürger gefragt haben, hat sie ihnen gesagt, sie mögen sich an die Leute von DNSNET wenden und sich dort die notwendigen Informationen holen. Sie erwartet vom BM, dass er sich entschuldigt. Im OR hat er gesagt, dass er das nicht macht. Er ist nach wie vor der Meinung, obwohl OR-Mitglieder ihm gesagt haben, dass sie nicht dagegen kämpfen. Sie handelt zwar nicht so wie er das möchte, lässt sich aber nicht beschuldigen, dass sie dagegen kämpft. Dankenswerter Weise hat Herr Wienecke sie gefragt und hat auch die 2 Sätze in der Zeitung geschrieben. Sie ist der Meinung, dass sie es hier und auch im SR vortragen will. So geht es jedenfalls nicht und sie erwartet eine Entschuldigung.

**Herr Brohm** sagt dazu, dass für ihn nicht erklärbar ist, dass jemand, der vor 3 Monaten noch gefordert hat, dass die Elbdörfer anschlossen werden müssen, jetzt Zweifel äußert. Er kann nicht erkennen, wofür er sich entschuldigen muss.

**Herr Nagler** sagt, was er in der Zeitung gelesen hat und er kennt Frau Platte schon ein paar Jahre, kann man so nicht sagen. Der BM kann nicht sagen, dass man dagegen kämpft. Wenn Frau Platte in Grieben dagegen kämpfen würde, hätte man nie eine solche Prozentzahl erreicht, denn sie hat dort einen hohen Stellenwert. Dieser Satz ist so hart und so ist es einfach nicht. Solange er sie kennt, hat sie sich immer für die Entwicklung der Gemeinde eingesetzt.

Jetzt hat er noch einige Fragen. Am 10.12.2014 wurde versprochen, dass ein Hausmeisterpool gebildet wird. Er möchte wissen, wann damit zu rechnen ist.

**Herr Brohm** antwortet im Rahmen der Analyse, die man im letzten Jahr zusammen beschlossen hat.

**Herr Nagler** stellt fest, dass man das so immer auf die lange Bank schieben kann. Man kann doch einfach mal Sachen machen und wenn die Analyse dann fertig ist, kann man immer noch etwas verbessern.

Weiter interessieren ihn einige Probleme zur Schulstraße. Er möchte wissen, wie die kurzfristige Lösung bei der Müllentsorgung aussieht?

**Herr Henschel** antwortet, dass man mit der Berufsgenossenschaft (BG), dem Entsorger, dem LK, der ALS Vorort war. Es wurden verschiedene Möglichkeiten besprochen. Es gab eine Fahrprobe für das größtmögliche Fahrzeug. Es wurde die Möglichkeit besprochen über eine Befestigung von Randstreifen eine Wendestelle zu schaffen. Die BG hat gesagt, dass der Entsorger im Recht ist, wenn er nicht weiter als 150 m rückwärtsfährt. Für die Schaffung einer Lösung wurde ein Zeitrahmen von 4 – 6 Wochen besprochen.

**Herr Nagler** möchte dann wissen, ob mit dem Bürger, der das veranlasst hat, inzwischen gesprochen wurde.

Antwort von **Herrn Henschel**, dass man als Verwaltung auf der Seite der Bürger ist und man versucht alles möglich zu machen. Die BG hat gesagt, dass eine Lösung (Wendestelle), wie sie dort besprochen wurde, die nicht den Regeln entspricht, dem Entsorger immer noch das Recht gibt, diese nicht zu nutzen. Die BG wollte klären, ob die Entsorger dies so akzeptieren und nutzen würden. Eine Rückmeldung (eventuell nächste Woche) gibt es bisher nicht. Bis zur Schaffung einer Lösung müssen die Bürger die Tonnen nach vorn ziehen, um sicher zu sein, dass sie auch entsorgt werden. Er weiß, dass Herr Borstell im Rahmen der Nachbarschaftshilfe hier unterstützend tätig war.

Bei einer weiteren Frage von **Herrn Nagler** geht es um die Reparatur der Schulstraße. Hier wurden ca. 30 m gemacht, was ist mit dem Rest?

**Herr Gruber** will dies recherchieren.

Ein Hinweis gibt es von **Herrn Nagler** noch. Das Schild „Schulstraße“ ist nicht mehr zu lesen. Zur Schulstraße 4 hat man auf eine Nachfrage (Lärmbelästigung) ein Antwortschreiben erhalten. Die Antwort ist eklatant. Er geht dort oft vorbei, der Lärm ist unerträglich. Hier muss etwas passieren, z. B. regelmäßige Vorortkontrollen, auch nach 20 Uhr. Stundenlang wird dort gemeißelt, gehämmert, gesägt, geflext. Ein normales Leben ist dort nicht mehr möglich. Weiterhin fragt er, nach dem Stand Verfahren gegen den ehemaligen Orts- und Gemeindefeuerleiter.

**Herr Brohm** antwortet, es ist eingestellt worden (wird nachreichen, warum).

**Herr Nagler** fragt weiter, ob bei den Hausmeistern inzwischen Stundennachweise geführt werden. Das bejaht **Herr Brohm**.

Auf die Nachfrage von **Herrn Nagler**, ob er die dann morgen einsehen könnte, verneint **Herr Brohm**.

**Herr Nagler** stellt weitere Fragen. Inwiefern wird Personal der Verwaltung beim AltmarkMacherfestival mit eingebunden? Was hat der Bürger davon? Was kommt am Ende raus? Wie erfolgen Informationen an den SR?

**Herr Brohm** antwortet, dass er das AltmarkMacherfestival in der nächsten Sitzungsfolge auswerten wird.

**Herr Nagler** schlägt vor, dass man Post, die nicht terminlich gebunden ist, sammelt und einmal am Ende der Woche verschickt oder ob man diese auch elektronisch verschicken kann (muss sich der SR mit einbringen und einigen).

**Frau Braun** sagt zur Müllentsorgung, dass der Bürger ein Recht darauf hat, dass er seine Tonne an der Grundstücksgrenze abstellt und diese dann entsorgt wird. Bei der Ausschreibung des dualen Systems hätte man Besonderheiten berücksichtigen müssen. Wenn Herr Borstell dort Vorort Nach-

barschaftshilfe leistet gibt sie zu Bedenken, dass dies unfalltechnisch ganz schöne Folgen haben kann. Normalerweise müssen die Müllfahrer die Tonnen ziehen. Die Ausschreibung wurde so angenommen, es wurde ein Jahr so gefahren und nun soll es nicht mehr gehen. 25 Jahre ging es so. Hier ist es personifiziert mit der Firma Cont Trans. Für Lüderitz muss sie feststellen, dass sie es nicht in Ordnung findet, dass Herr Gruber gleich nein gesagt hat obwohl der Mühlenweg eine Schotterstraße ist. Dieser Weg muss sowieso instandgehalten werden.

**Herr Wegener** fragt, wie es mit dem Gebäudekataster aussieht, einmal die Liegenschaften, die seit längerem von der Stadt veräußert werden sollen und zum anderen auch private Grundstücke.

**Herr Brohm** sagt, dass diese Frage schon mehrfach beantwortet wurde. Man ist gerade dabei ein Brachflächenkataster zu erstellen. Für private Grundstücke ist die EG nicht zuständig. Es ist ange-dacht dieses Kataster in der nächsten Sitzungsfolge vorzustellen.

**Herr Wegener** fragt weiter, ob die Stadt in naher Zukunft noch Land als Baufläche zur Verfügung stellen will. Wenn man junge Leute hier halten will, müsste man sich langsam Gedanken darüber machen, wo man noch Flächen ausweisen will.

Im letzten Jahr hat er mit dem Bauhofleiter über die Rotdornanpflanzung in Mahlpfuhl im Rahmen der Dorferneuerung gesprochen. Beim Rasen mähen wurden diese so beschädigt, dass nur noch die alten Bäume (60 -70 Jahre) stehen. Er selbst hat im letzten Jahr eine Eiche gekauft und vor dem Gefallenendenkmal gepflanzt, diese wurde sehr schön rund verschnitten. Er wollte sie jetzt gießen, da hat er festgestellt, dass sie durch das Mähen auch wieder geschädigt wurde. Er stellt fest, dass man in der EG keine Bäume mehr pflanzen muss, wenn die Mitarbeiter des Bauhofes so damit umgehen. Sie sollen nochmals darauf hingewiesen werden.

Als Nächstes spricht er die Vorlagen/ Vordrucke an. Einmal steht EG drauf, dann wieder Stadt Tangerhütte. Das sollte endlich einmal vereinheitlicht werden.

**Herr Kinszorra** hat noch eine Nachfrage zum letzten SR. Er möchte wissen, ob der BM jetzt weiß, wann er die Befürwortung für den Fördermittelantrag der Sanierung der Gießereihallen unterschrieben/ bestätigt hat.

**Herr Brohm** antwortet, dass die Antwort zur Anfrage Ende der Woche rausgeht. Es war der 14.03.2016, da hat er die Eigentümererklärung unterschrieben.

**Herr Kinszorra** beantragt, dass dieses Exemplar den Stadträten zur Verfügung gestellt wird.

Weitere Anfragen, Anregungen gibt es nicht.

**Herr Brohm** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:10 Uhr. Die Weiterführung der Sitzung (nichtöffentlicher Teil) erfolgt am Mittwoch, dem 08.06.2016 um 19:00 Uhr.

fertiggestellt 07.07.2016